UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 19. März 1992
9/1992

Rainer Eppelmann:

Die Opfer nicht aus den Augen und Herzen verlieren

Die Erfahrungen, die wir in und mit 45 Jahren DDR gemacht haben, haben unser ganzes Leben und alle Menschen umfaßt und nicht nur die vielleicht 500.000 offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit und ihre unmittelbaren Opfer.

Darum wünsche ich mir, daß möglichst viele der 80 Millionen Deutschen sich mit den Fragen und Problemen unserer Vergangenheit intensiv befassen. Es kann gar nicht zu viele Fragende geben, sondern nur zu wenige.

Die Fehlentscheidungen und die Arroganz der Regierenden der DDR haben dazu geführt, daß wir im Grunde in den letzten Jahren von der Substanz gelebt haben und daß darum der Zusammenbruch, den wir jetzt haben, so total und so schlimm ist: mit Millionen Arbeitslosen, mit Tausenden Kurzarbeitern, mit vergiftetem Wasser, verseuchter Erde, mißbrauchten Menschen. *(Fortsetzung Seite 2)*

Auszüge aus der Beratung des gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" im Deutschen Bundestag am 12. März 1992 (Seite 1 bis 11)

Norbert Blüm:

Renten steigen nach verläßlichem Maßstab

Zum 1. Juli 1992 werden die Renten in den alten und neuen Bundesländern entsprechend der jeweiligen Nettolohn-Entwicklung erhöht. Die unterschiedliche Erhöhung in Ost und West verwirklicht Schritt für Schritt gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch bei der Rente.
Seite 12-13

Dokumentation

Die D-Mark wird zur Euro-Mark

● Fragen und Antworten zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Grüner Teil

Helmut Kohl: *Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um die Arbeit der Enquete-Kommission zu unterstützen. Ich halte diese Arbeit für einen der wichtigsten historischen Aufträge an unsere Generation. Denn ich bin weiterhin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, die materiellen Verhältnisse in den neuen Bundesländern in Ordnung zu bringen, daß wir jedoch sehr viel länger daran zu tragen haben werden, die seelischen Verwundungen dort zu heilen.*

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir Deutschen täten ein erstes wichtiges Werk der Aufarbeitung unserer Vergangenheit, wenn wir die Schwierigkeiten von heute als das sähen, was sie sind: Folgen der Untaten von gestern, Folgen von sozialistischer Enge und parteipolitischer und ideologischer Arroganz der SED-Kommunisten und ihrer Helfer.

Bei ihrer Arbeit darf die Enquete-Kommission vor allem aber die Opfer der DDR-Diktatur niemals aus den Augen und aus den Herzen verlieren.

Ich denke dabei z. B. an die Kinder, die zur Doppelzüngigkeit erzogen wurden und an die christlichen Eltern, die sich nicht trauten, ihr Kind zur Konfirmation zu schicken, und sich darum oft genug schämten. Wie lebte es sich mit einem solchen schlechten Gewissen?

Ich denke an die Jugendlichen und Erwachsenen, die außer dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat und ein bißchen sozialistischem Ausland weiter nichts kennenlernen, erblicken und begreifen durften von unserer so interessanten und vielfältigen und bunten Welt. Wie sollten sie sich entfalten und entwikkeln in solcher räumlichen und inhaltlichen Enge?

Ich denke aber ganz besonders an die Vergessenen, an die Opfer, die es in der DDR nicht geben durfte, weil die Regierenden dieses Staates Wert darauf legten, daß die DDR ein Staat sein sollte, bei dem angeblich der Mensch im Mittelpunkt steht — bei dem aber tatsächlich das Menschliche auf der Strecke blieb.

So denke ich z. B. an die Menschen, die das Unglück hatten, daß sie an der deutsch-deutschen Grenze in Ost-Deutschland wohnten, und die von Haus und Hof vertrieben und enteignet wurden.

Ich denke an die Tausenden, die wegen einer mißliebig geäußerten politischen Meinung für Jahre in DDR-Gefängnissen oder anfangs sogar in Sibirien verschwanden und oft dort auch umkamen, in Sibirien oder in Gefängnissen und Lagern der „marxistisch-leninistischen Kampfpartei"!

Raub und Diebstahl

Ich denke auch an die Bauern, die bei der Bildung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihr Bodenreformland oder ihren kleinen Familienbesitz verloren, an die enteigneten Eigentümer von klein- und mittelständischen Betrieben. Dies war staatlich betriebener und sanktionierter Raub und Diebstahl! — Wie lebt man mit solchem erlittenen Unrecht und der Trauer und der Wut, sich nicht richtig dagegen wehren zu können? So mancher Bedrängte wußte keinen Ausweg mehr und floh in den Westen oder nahm sich verzweifelt das Leben.

Ich denke an die Vielen, die ihre Sehnsucht nach Freiheit mit Gefängnis oder mit dem Tod an der Mauer bezahlen mußten.

Ich denke an die Träger des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen", die zwischen 1980 und 1982 von der Schule flo-

Generalsekretär Volker Rühe:

Begangenes Unrecht wiedergutmachen

Zur Einsetzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" erklärte Generalsekretär Volker Rühe:

Die CDU erwartet von der Enquete-Kommission mehr als nur eine historisch korrekte Darstellung der Verhältnisse in der ehemaligen DDR und der Beziehungen der beiden Staaten in Deutschland zueinander. Die Arbeit der Kommission muß auch zu folgenden konkreten Ergebnissen führen.

● Die Kommission wird genauere Einblicke in die Art und Weise ermöglichen, wie im Sozialismus die Würde von Menschen mißachtet, ihre Freiheit unterdrückt und das Recht gebeugt wurde. Aus dieser Darstellung muß der Deutsche Bundestag Hinweise erhalten können, wie den Opfern des SED-Unrechts noch besser als bisher geholfen und wie begangenes Unrecht — soweit wie möglich — wiedergutgemacht werden kann.

● Der Deutsche Bundestag muß auch einen Beitrag zur politischen Aufarbeitung der Vergangenheit leisten. Dazu gehört eine intensive Auseinandersetzung mit der Ideologie des Sozialismus in seinen verschiedenen Spielarten. Eine derartige Auseinandersetzung muß zugleich dazu beitragen, die geistigen Grundlagen unseres freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses deutlich werden zu lassen.

● Angesichts der Problematik, die SED-Diktatur mit rechtsstaatlichen Mitteln rasch aufzuarbeiten, sollte ein Ergebnis der Enquete-Kommission sein, daß die Verantwortlichen des SED-Unrechts und das Ausmaß ihrer Verantwortung klar benannt werden.

Die CDU begrüßt die Einsetzung der Enquete-Kommission. Mit Rainer Eppelmann übernimmt eine Persönlichkeit den Vorsitz, die über ein hohes Maß an nicht zuletzt sehr persönlicher Erfahrung, aber auch an notwendiger Sensibilität für diese schwierige Aufgabe verfügt.

gen oder die Ausbildung abbrechen mußten, weil sie durch das Tragen dieses Aufnähers öffentlich zum Ausdruck brachten, daß sie mit der Politik Erich Honekkers nicht einverstanden waren.

Lassen Sie uns auch das intellektuell Verführerische, das Unmenschliche und Brutale dieses sozialistischen Systems herausarbeiten! Lassen Sie uns danach fragen, warum so viele mitmachten, daran glaubten oder — auch aus dem Westen — nur zu- und sogar wegschauten!

Lassen Sie uns die ideologischen Baumeister und die großen und kleinen Handlanger der DDR-Diktatur entlarven! Lassen Sie uns aber auch die vielen Opfer, die vielen Ehrlichen und Fleißigen in Schutz nehmen! Lassen Sie uns die wichtigste Lehre unseres Jahrhunderts für uns Deutsche formulieren:

Nie wieder Diktatur! Egal, welche Bezeichnung sie auch immer tragen mag: national, religiös, nationalsozialistisch, sozialistisch oder kommunistisch.

Wolfgang Schäuble:

Wir brauchen faire Maßstäbe

Wir führen diese Debatte in einer Zeit, in der vielfältige Verletzungen spürbarer werden als zuvor — Verletzungen aus über 40 Jahren totalitärem Sozialismus und Teilung; und als Folge davon auch aus dem schnellen Wechsel zu Einheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Marktwirtschaft, wie sie in diesen 40 Jahren im Westen entwickelt wurden.

Bei den Diskussionen, die sich aus dem Zugang zu den Stasi-Akten ergeben, zerfließen die Grenzen zwischen Tätern und Opfern. Während auf der einen Seite das System der Stasi-Bespitzelung in seiner konkreten menschlichen Ausformung immer bedrückender sichtbar wird, wächst auf der anderen Seite die Einsicht, daß nicht jeder Kontakt mit dem System schon zu einer Stigmatisierung führen darf, daß die Motive und Zwänge vielfältig waren und die ganze Skala zwischen Edelmut und Niedertracht ausfüllen konnten.

Mich bewegt auch die Sorge, daß bei der medienwirksamen Konzentration auf einige wenige Personen, Fälle von Opfern wie Tätern, sich eine Mehrheit der Menschen vor allem in den östlichen Bundesländern zunehmend unbeachtet, vergessen sehen könnte in ihrem eigenen persönlichen Schicksal, über 40 Jahre ausweglos unter einem totalitären System gelebt zu haben in dem Bestreben, das Beste daraus zu machen; in dem Zwang, sich anzupassen, Kompromisse einzugehen für die eigene Lebensplanung oder für die Zukunftsperspektiven der Kinder; aber auch in dem Willen, so anständig zu bleiben, wie es uns Menschen allgemein gegeben und möglich ist.

Die Teilung war unser gemeinsames Schicksal, und so ganz einfach konnte sich keiner selbst aussuchen, ob er in Freiheit oder Unfreiheit zu leben hatte. Jedenfalls ist es unsere gemeinsame Vergangenheit, um die wir uns gemeinsam mühen, unsere gemeinsame Last, unsere gemeinsame Verantwortung. Nur wenn wir das begreifen und uns danach verhalten, wächst aus dieser Diskussion Einheit.

Wir wollen eine sachbezogene Aufarbeitung dieser Vergangenheit. Nicht die Jagd nach Enthüllungen, nicht die DDR-Geschichte als Skandalgeschichte sollen im Vordergrund stehen, sondern die systematische Aufklärung der Zusammenhänge in der ehemaligen DDR und deren Auswirkungen auf Personen, gesellschaftliche Organisationen, das Staatsgefüge und auf die innerdeutschen und internationalen Beziehungen.

Teilungsfolgen lindern

Die Politik der Bundesregierung, für die ich von 1984 bis 1989 als für die deutsch-deutschen Beziehungen zuständiger Chef des Kanzleramtes Verantwortung tragen durfte, war, die Folgen der Teilung zu lindern, Verbindungen im geteilten Deutschland aufrecht zu erhalten, möglichst viele Begegnungen zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zu ermöglichen. Das konnte nur in Zusammenarbeit mit denen erreicht werden, die für die Menschen in der damaligen DDR Verantwortung trugen; und das bleibt meines Erachtens auch aus heutiger Sicht, im Ziel wie in der Methode, richtig. Das war übrigens auch außergewöhnlich erfolgreich, denn ab Mitte der achtziger Jahre — ausgehend von dem Gespräch, das Bundeskanzler Helmut Kohl im März

1985 beim Amtsantritt Gorbatschows in Moskau mit Honecker führte, und umgesetzt in meinen Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski — konnten statt ein paar tausend jüngerer Menschen jedes Jahr Millionen aus der damaligen DDR zu Besuch in die Bundesrepublik Deutschland reisen. Was das am Ende zum Wandel in der damaligen DDR im Herbst 89 und zur Einheit Deutschlands beigetragen hat, das sollte gewiß auch nicht so leicht unterschätzt werden.

Freiräume in der Kirche

Dem entsprach im Prinzip auch vieles an Bemühungen insbesondere in der evangelischen Kirche. Sie war von Teilung und totalitärem Sozialismus — und ist es demgemäß in der aktuellen Diskussion auch — stärker betroffen als die katholische Kirche, die in ihrer Diaspora-Situation leichter abgrenzbar war, für sich selbst wie für das totalitäre System. Ich will mir ein Urteil über die unterschiedliche Rolle und Betroffenheit beider Kirchen nicht anmaßen; aber wer sich damit beschäftigt, darf gewiß nicht übersehen, daß die evangelische Kirche schon wegen der konfessionellen Grundstruktur mehr Kontakte im geteilten Deutschland aufrechterhielt, was Dienst an der Einheit war und bleibt. Die evangelische Kirche schuf auch Freiräume für viele, die — nicht immer nur aus Glaubensgründen — solche Freiräume bei der Kirche suchten. Daß damit die Gefahr wechselseitiger Ansteckung zwischen Kirche und sozialistischem System größer war, ist wohl auch kaum zu bestreiten; aber es galt eben in beiden Richtungen. Jedenfalls haben die Machthaber in der damaligen DDR das auch so gesehen, und deshalb war auch die evangelische Kirche mehr als andere Objekt von Infiltration und Bespitzelung.

Für jeden, der sich an solcher Politik beteiligte — ob aus dem Westen oder in der DDR —, war das immer eine Gratwanderung — vielleicht zwischen Wandel und Annäherung, und so wird jeder sich prüfen müssen, ob die notwendige Balance auch immer eingehalten wurde. Ob also insbesondere die grundsätzlichen Unterschiede im Werteverständnis wie im Ziel hinreichend deutlich bewußt blieben, wenn man sich mit den Mächtigen des sozialistischen Systems einließ, um eine mißliche Lage zu verbessern, solange man sie denn nicht grundsätzlich beseitigen konnte. Ob man sich mit Teilung und Sozialismus nicht doch auch abgefunden hatte. Ob der Wunsch, für die Opfer Linderung zu erreichen, bestimmend blieb, oder ob diejenigen, die vom Regime verfolgt wurden, nicht eher als störend, als lästig empfunden wurden?

Die Aufarbeitung der Geschichte von SED-Diktatur und Teilung jedenfalls ist nötig, um Wirkungszusammenhänge zu verstehen, Verhaltensweisen zu bewerten, Maßstäbe zu finden. Vor allem auch, um Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten offenzulegen. Das Unrecht von über 40 Jahren kann nicht — oder allenfalls sehr unvollkommen — wiedergutgemacht werden. Aber die Feststellung von Unrecht, Opfer und Verantwortung kann immerhin heilsam wirken.

Anpassung und Widerstand

Zugleich kann so das Verständnis wachsen — oder erhalten werden —, wie unter den Bedingungen von totalitärem Sozialismus und Teilung die Menschen in Deutschland lebten, zwischen Anpassung und Widerstand, in Zeiten weltpolitischer Konfrontation und in Zeiten der Entspannung.

Die Einsicht, wie man sich damit in Ost und in West arrangiert hat, kann auch Gemeinschaft stiften, kann helfen, die Folgen der Teilung zu überwinden.

Einiges lehren uns die Erfahrungen der letzten Jahren schon heute. Zum Beispiel fängt keiner ganz neu an. „Gebrauchte Menschen" im Sinne unserer Vergangenheit sind wir alle in Ost wie in West. Schon deshalb war die Blockflöten-Diskussion, wie sie von vielen Linken ab 1990 geführt wurde, voreilig, überheblich, ungerecht. Eine Zeitlang konnte man ja fast den Eindruck gewinnen, als seien für das Unrecht in der früheren DDR nur die sogenannten Blockparteien verantwortlich, allenfalls noch die Politik der Regierung Kohl. Daß es die SED war, wurde kaum noch erwähnt. Von der Rolle, die viele SPD-Funktionäre und Mitglieder aus Ost und West bei der Vereinigung von SPD und KPD 1946 auch aus freien Stücken spielten, ganz zu schweigen. Wieviel Entmutigung mag es für die Menschen in der damaligen DDR bedeutet haben, daß der Sozialismus in der DDR im Westen in politischen wie in sogenannten „intellektuellen Kreisen" soviel verständnisvolle Sympathie fand?

Mehr Ehrlichkeit

Oder auch: Keiner entzieht sich leicht der Eigengesetzlichkeit unserer westlichen Medienwelt, die Verführung genauso wie grausame Betroffenheit beinhalten kann. Manche, die heute bitter klagen, haben gestern noch sehr den Glanz von Kameras und Schlagzeilen genossen. Deshalb ist es unwahr, wenn jetzt in der Debatte über die Stasi-Akten behauptet wird, der Westen walze den Osten platt. Es waren Vertreter aus der früheren DDR schon vor dem 3. Oktober 1990 und aus den ostdeutschen Bundesländern danach selbst, die die Öffnung der Akten am entschiedensten forderten, auch gegen manche Mahnung aus dem Westen, daß daraus neue Verletzungen entstehen müssen.

Schließlich brauchen wir mehr Ehrlichkeit und weniger Verdrängung, und wir brauchen faire Maßstäbe. Wer über de Maizière mit Häme herzog, tut sich jetzt bei Stolpe schwer. Und wer in der ehemaligen DDR sich zurecht fand, muß mit Fundamentalkritik gegen die unter dem Grundgesetz gewachsene Freiheitsordnung behutsam sein, wenn er nicht die Frage riskieren will, ob er sich mit Teilung und Sozialismus doch besser abgefunden hatte als mit Einheit und Freiheit. Wem es um Demokratie und Freiheit geht, der muß den Willen der Mehrheit zur Einheit, auch zur schnellen Einheit, respektieren. Und wer für die Aufarbeitung von Unrecht und Wiedergutmachung steht, der darf nicht nur an die Oppositionellen der achtziger Jahre, sondern muß auch an die Opfer seit 1945 denken, gleich ob sie heute in West oder Ost leben — wenn sie denn überhaupt noch leben.

Innenminister des Landes Sachsen, Heinz Eggert:

Es wird für alle ein sehr schmerzlicher Prozeß sein

Unter der Parole „Wir sind das Volk!" erhob sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR gegen ein Unrechtsregime, das die Menschen im östlichen Teil Deutschlands über 40 Jahre lang bevormundet, ausgenutzt und unterdrückt hat. Dadurch, daß keine Gewalt angewandt wurde, geschah dies alles mit einer von aller Welt bewunderten Würde.

Diese Würde ist jetzt durch einen unwürdigen Umgang mit der Aufarbeitung der Vergangenheit in Gefahr. Immer dann, wenn Unwürdigkeit in einer Vergangen-

heitsbewältigung auftaucht, ist auch der innere Frieden in Gefahr.

Mit dem Slogan „Wir sind ein Volk!" traten einige Zeit später viele Deutsche für die deutsche Einheit ein und gaben damit zu verstehen, daß sie kein zweites Experiment „Sozialismus" mehr wollten. Denn trotz großer Ideale und vieler Ideen sah man keine Chance, in überschaubarer Zeit eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Nach dem, was wir heute über die metastasenhafte Durchsetzung aller Bereiche in der DDR durch die Staatssicherheit wissen, wäre allein schon dadurch ein zweites Experiment überhaupt nicht mehr gelungen.

Mit etwas menschlicherem Antlitz und wenig zugegebener Demokratie hätten sich die Herren von gestern als die Herren von morgen erwiesen und ihre Herrschaft fortgesetzt; denn die Strategie dazu war schon entworfen. Das hätte uns im Osten vielleicht die letzte Kraft und auch die letzten Möglichkeiten gekostet, den Westen Milliarden an Krediten, die letztlich — wie das DDR-immanent war — nicht viel bewirkt hätten, es sei denn, die Funktionärskonten im Ausland wären verstärkt worden.

Unvorbereitet und schnell

Ich weiß, daß es vielen nachdenklichen und kritischen Mitbürgern damals viel zu schnell ging, weil sie befürchteten, daß das marode System der DDR schnell zerbrechen würde und die Menschen weitgehend, auch unvorbereitet, Sog und Segnungen Westdeutschlands gleichermaßen preisgegeben sein würden. Sie hielten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht für die beste aller denkbaren und hätten es lieber gesehen, mit genügend Zeit und ohne viele äußere Einflüsse eine menschliche Gesellschaftsordnung entwerfen zu können. Dieses Nachdenken hätte — so glaube ich — Deutschland im Osten und im Westen gleichermaßen gutgetan, aber die Zeit und die Geschichte geben diesen Raum zum Nachdenken nicht im voraus. Deshalb beginnen wir heute damit.

Nur für eine kurze Zeit bestand die Möglichkeit, die deutsche Einheit zu erwirken und einen für die Geschichte unseres Volkes so wichtigen Schritt zu unternehmen. Ich muß sagen — ich glaube, kaum jemand wird sich dieser Einschätzung verweigern —: Gott sei Dank ist dieser Schritt getan worden.

Feines Gespür für Ehrlichkeit

Trotz oder gerade wegen dieser repressiven Politik des früheren Systems in der DDR hat sich bei uns, bei vielen Landsleuten im Osten, ein feines Gespür für Gerechtigkeit, Solidarität, Ehrlichkeit und Echtheit entwickelt, das wir schon in unser gemeinsames Denken, auch politisches Denken, und Handeln einbeziehen wollen.

Wenn wir die deutsche Teilung aufarbeiten wollen — dieser Aufarbeitungsprozeß wird ein schmerzlicher Prozeß sein, weil er uns gleichzeitig auf unser eigenes persönliches Versagen hinweist —, dann müssen auch in dieser Diskussion diese Stimmen wieder stärker werden. Es geht letztlich doch um eine tragfähige Grundlage für eine menschenwürdige Gestaltung unseres gemeinsamen Vaterlandes. Von daher halte ich die Einsetzung dieser Kommission für ein geeignetes Mittel, wertvolle geistesgeschichtliche Grundlagen unserer gemeinsamen Geschichte und Kultur wieder bewußt zu machen, um daraus wesentliche Erkenntnisse für die Gesaltung unserer Politik zu erhalten und gleichzeitig auch die menschenverachtenden Strukturen einer Politik aufzuzeigen — also schon aus dem Grunde! —, damit sie sich nicht wiederholen kann.

Die CDU/CSU-Mitglieder der Enquete-Kommission

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 17. März den CDU-Bundestagsabgeordneten Rainer Eppelmann als Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" nominiert.

Der Fraktion stehen 7 (6 CDU/1 CSU) ordentliche und 7 stellvertretende Mitglieder in der Kommission zu. Hierfür sind folgende Abgeordnete vorgesehen:

Ordentliche Mitglieder: Rainer Eppelmann (Brandenburg), Dorothee Wilms (NRW), Susanne Jaffke (Mecklenburg-Vorpommern), Rudolf Krause (Sachsen-Anhalt), Harald Kahl (Thüringen), Wolfgang Dehnel (Sachsen), Günter Müller (CSU)

Stellvertretende Mitglieder: Werner Skowron (Berlin), Rainer York (Sachsen), Wilfried Böhm (Hessen), Roswitha Wisniewski (Baden-Württemberg), Reinhard von Schorlemer (Niedersachsen), Maria Michalk (Sachsen), Hartmut Koschyk (CSU)

Ohne diese Vergangenheitsbewältigung fehlen uns die Grundlagen für eine zukunftsweisende Politik, und dabei ist die Vergangenheitsbewältigung eine Angelegenheit unseres gesamten Volkes im Osten und im Westen gleichermaßen, die Angelegenheit eines jeden einzelnen und jeder gesellschaftlichen Gruppierung.

Ich sage ausdrücklich ja zum Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland, und ich bin dankbar, daß diese Rechtsordnung auch dort gültig ist, wo ich lebe. Ich bin dankbar dafür, daß wir ein Grundgesetz haben, das geschaffen worden ist, gerade um die Würde des einzelnen vor dem Zugriff und der Allmächtigkeit eines Staates zu schützen. Aber genau da liegt jetzt auch unser Problem. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland schützt die Täter von gestern mehr, als das DDR-Recht sie geschützt hätte.

Es verstärkt sich immer der Eindruck: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen — wobei feststeht, daß die Schuld des einen die Schuld des anderen nicht kleiner macht, daß jeder für seine Schuld einzustehen hat und daß jeder die Konsequenzen eines verkehrten Strebens zu tragen hat.

Es ist unerträglich, daß hauptamtliche Staatssicherheitsoffiziere, die auch weiterhin ihre frühere Desinformationspolitik betreiben — das darf man ja dabei nicht vergessen —, als Kronzeugen gehört werden, ohne selbst strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Unerträglich ist es auch, daß frühere SED-Funktionäre, die wir im Osten Deutschlands aus dem öffentlichen Dienst entfernen, im Westen Deutschlands in den öffentlichen Dienst eingestellt und zu 100 Prozent bezahlt werden.

Von vorne anfangen

Ich sage es ganz deutlich: Die Experten der DDR in den Bereichen Verwaltung und Ökonomie waren Experten für die DDR, und sie sind keine Experten für die Bundesrepublik. Sie könnten es nur neu lernen.

Von daher ist es notwendig, denjenigen unter uns eine Chance zu geben, die zu DDR-Zeiten eben keine Chance hatten, weil sie nicht das richtige Parteibuch hatten, das sich ja später als das falsche erwiesen hat. Denn auf dem Weg in die Gesetzlichkeit und die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik fangen wir alle von vorn an.

Roswitha Wisniewski:

Zerstörender Eingriff in die menschliche Natur

Auch der real existierende, totalitäre Sozialismus hat mit teilweise erschrekkender Menschenverachtung — man denke nur an die Leidensgeschichte des russischen Volkes — versucht, die Menschheit auf ein „höheres Niveau" zu führen.

Denn um ihr Ideal des „sozialistischen Menschen" zu verwirklichen, schreckten die Machthaber in den Staaten des ehemaligen Ostblocks nicht davor zurück, die bestehende Lebensordnung vollständig zu verändern. Dieses Ziel sollte vor allem dadurch erreicht werden, daß die Menschen enteignet und in einen „gesellschaftlichen Produktionsprozeß" gezwungen wurden.

Dadurch — so war die geltende Meinung — sollte eine Höherentwicklung der Menschheit erfolgen. Wer sich widersetzte, wurde unter Druck gesetzt und verfolgt. Vielfach wurde versucht, das gewünschte Denken durch Zwang zu erreichen.

Der Nationalsozialismus wurde letztlich durch den Rassenwahn in den Krieg und in den Untergang getrieben. Der totalitäre Sozialismus endete im wirtschaftlichen Zusammenbruch, in der bleibenden Schädigung vieler Menschen und im Entsetzen angesichts eines Spitzelwesens ungeahnten Ausmaßes.

Gegen das Wesen des Menschen

Beide Katastrophen lassen sich — trotz aller Unterschiede, die nicht übersehen werden dürfen — zurückführen auf einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Menschen und sein ihm eigenes Wesen. Die Enteignung war im real existierenden Sozialismus das wichtigste, auch anthropologisch-philosophisch begründete Instrument zur Herstellung des „sozialistischen Menschen" und seine Einfügung in das sozialistische Kollektiv (vgl. Art. 4 der DDR-Verfassung).

Und dieses Verbot der Verfügungsmacht über privates Produktivvermögen war nicht nur eine wirtschaftliche Fehlentscheidung, sondern darüber hinaus ein zerstörender Eingriff in die menschliche Natur und ihre Motivationskräfte.

Johannes Nitsch:

Nur die Partei hatte immer recht

Die Behandlung der z. T. tragischen Einzelschicksale der Menschen ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung zur Erklärung dieses DDR-Staatssystems, seiner sog. „Organe", und der Brutalität ihrer Vorgehensweise in allen Lebensbereichen.

Die Kommission muß sich — möglichst schon zu Beginn ihrer Arbeit — in angemessenem Rahmen mit der Theorie des Marxismus/Leninismus, seiner besonders entarteten Form im Stalinismus und mit der fast deckungsgleichen Form des marxistischen Staatsgebildes in der DDR und den sog. Volksdemokratien befassen. Nur so ist überhaupt ein wissenschaftlicher Zugang zur Deutung der Sachverhalte möglich. Andernfalls entstünde leicht der Eindruck, das Herrschaftssystem in der damaligen DDR wäre das Handeln asozialer Typen, böser Buben und, wenn ich an das MfS-System denke, das Tun einer kriminellen Vereinigung. Die Marxisten glaubten an ihre Lehren und handelten danach. Nur die Partei hatte recht und machte sich ihr Recht selbst. Ich erinnere

mich noch sehr gut an die Worte in einer Vorlesung: „Was Recht ist, bestimmt die Arbeiterklasse." Es war aber nicht die Arbeiterklasse. Es war in der Regel nur das Politbüro, häufig allein der Generalsekretär. Lenin entwickelte und praktizierte, und Stalin vollzog diese Lehre in der brutalsten Weise. Nach Lenin ist die proletarische Demokratie millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie. Die Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie sind identisch. Nur wer dies richtig versteht, der versteht auch, daß jeder, der dagegen war oder nur darüber diskutieren wollte, niedergedrückt, ja sogar getötet wurde. Diese Darstellung der Wurzeln des Marxismus/Leninismus wird auch bei den Menschen in den alten Bundesländern das Verständnis für das perfide System verstärken.

Gerhard Friedrich:

Einen „schnellen Prozeß" wird es nicht geben

„Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat". Dieses Zitat kann ich heute niemandem mehr zuordnen. Ich habe es mir aber gemerkt, weil mich der in ihm steckende Vorwurf als Politiker und Jurist aus den alten Bundesländern schwer getroffen hat und noch heute trifft.

In ihm kommt die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß die Justiz in den neuen Bundesländern überwiegend nicht funktioniert; daß wegen der Tötungsdelikte an der Mauer bisher nur diejenigen angeklagt wurden, die selbst den Finger am Abzug hatten, nicht aber die Schreibtischtäter im Hintergrund, die die Gesetze und Weisungen formulierten; daß ein Großteil der SED-Prominenz heute noch frei herumläuft und sich selbst profimäßig vermarktet; und daß andere SED-Größen nur wegen Nebensächlichem, vor allem wegen Betrug und Untreue, angeklagt wurden.

Den Ruf nach einem „schnellen Prozeß" kann man deshalb sehr wohl verstehen. In dem Augenblick, in dem sich die revolutionären Kräfte in der früheren DDR für einen Prozeß des friedlichen Wandels, den Verzicht auf Gewalt, entschieden hatten, stand aber bereits fest, daß es diesen „schnellen Prozeß" nicht geben wird. Der Rechtsstaat kann solchen populären Forderungen nicht entsprechen, ohne sich selbst aufzugeben. Verurteilt wird nicht auf der Grundlage allgemeiner (und oft natürlich auch zutreffender) Eindrücke, sondern aufgrund vieler Einzelfakten, die nach den strengen Regeln des Prozeßrechts mühsam zusammengetragen und zu einem Gesamtbild zusammengesetzt werden müssen. Wir haben uns im Zweifel für die Freiheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, also letztlich dafür entschieden, lieber einen Schuldigen laufen zu lassen, als das Risiko einzugehen, daß sich hinter Unschuldigen die Gefängnistore schließen.

Rudolf Krause:

Staatliche Sklaverei

Der Mauerbau 1961 bedeutete für die meisten Menschen in der DDR den Übergang von der Leibeigenschaft zur staatlichen Sklaverei. Menschen konnten nun am Fortziehen gehindert, eingefangen und später dann gegen hartes Geld verkauft werden.

Seitdem wurden auch die Kinder schon als Unfreie geboren. Die Kinder von

Strafgefangenen sind freie Bürger, aber die Kinder von Sklaven bleiben Sklaven. Entsprechend verheerend waren die wirtschaftlichen Folgen in den Jahren 1961 bis 1965. Es kam zum Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unter das Niveau von 1957 und zu neuen kommunistischen Repressalien. Wiederum griffen die roten Machthaber zum Mittel der Zwangsaussiedlungen, und es waren wiederum die deutschen Sozialisten und Kommunisten, die ihre Mitbürger ans Messer lieferten.

Hunderttausende mitteldeutscher Bauernfamilien wurden unmittelbar durch die Verbrechen der Kommunisten betroffen. Für die Mehrheit der Bevölkerung gab es keine Möglichkeiten, sich in Nischen einzurichten. Auf dem Lande wußte jeder von jedem alles, es gab keine Nischen.

Wenden wir uns den betrogenen Opfern zu

Die SED hat weite Teile der Bevölkerung beraubt und betrogen. Solange die alten und neuen Sozialisten noch die Hand in der Tasche der Fleißigen haben, geben sie von allein niemals auf. „Der Schoß ist noch fruchtbar, aus dem dies kroch." Die verlogenen rechtsstaatlichen Tarnbezeichnungen des kodifizierten DDR-Unrechts sagen nichts aus über den tatsächlichen Inhalt der jeweiligen SED-staatlichen Verbrechenskategorien. Nur durch lückenlose Aufarbeitung und Kenntnis der Technologie des roten Unrechts und seiner theoretischen, pseudowissenschaftlichen Wurzeln können wir seine Folgen so beseitigen, daß das sozialistische Unrecht in gerecht empfundener Weise beseitigt werden kann. Wenden wir uns deshalb den Opfern der SED zu, der Mehrheit der Menschen in der DDR, und das ist auch die Mehrheit der Menschen auf dem Lande.

Udo Haschke:

Die eigene Geschichte annehmen

Der Untergang der DDR ist nicht das Ende ihrer Geschichte. Nur allzu spürbar ist die Vergangenheit gegenwärtig, wirkt das Gestern in das Heute und Morgen. Mindestens durch uns — denn wir können 40 Jahre unserer persönlichen Biographie nicht ablegen wie ein gebrauchtes Hemd (auch wenn heute nicht wenige so tun, als seien sie erst im Herbst 89 zur Welt gekommen).

Es gilt also auch, unseren persönlichen Platz in diesen 40 Jahren zu bestimmen, kritisch zu betrachten. Auch zu bedenken, wie wir dahin gekommen sind. Einer der „Wegweiser" dahin war im System der SED-Herrschaftsmechanismen und -instrumente ohne Zweifel das „einheitliche sozialistische Bildungssystem".

Ein System, in dem Neugier, gar Zweifel unerwünscht waren, das zu angepaßtem Wohlverhalten erzog, in dem Doppelzüngigkeit vom Kindergarten bis zur Universität trainiert wurde... Selbst bis 1987 13 Jahre als Lehrer tätig, höre ich manchen ehemaligen Kollegen heute sagen, er habe doch niemandem geschadet.

Jeder, schrieb ein Weimarer Lehrer, jeder, der ehrliche Trauerarbeit leistet, wird fündig werden. Wird auch vieles finden, was ihm Grund gibt, den mühsam erworbenen aufrechten Gang beizubehalten. Aber er wird auch auf vieles stoßen, was heute mancher lieber unter den Teppich kehren möchte. Bei der Arbeit der Enquete-Kommission ist auch dies zu leisten: Ermutigung, die eigene Geschichte anzunehmen und damit die Chance des ehrlichen Neubeginns zu ergreifen. ■

Norbert Blüm: Die Renten steigen nach verläßlichem Maßstab

Zum 1. Juli 1992 werden die Renten in den alten und neuen Bundesländern entsprechend der jeweiligen Nettolohn-Entwicklung erhöht:

● In den alten Bundesländern werden die Renten um 2,87 Prozent erhöht; nach Abzug der Krankenversicherung ergibt sich eine Netto-Erhöhung von 2,71 Prozent.

● In den neuen Bundesländern beträgt die Netto-Rentenerhöhung 12,79 Prozent; tatsächlich werden die Renten um rd. 10 Prozent erhöht, da die sogenannten Auffüllbeträge an der Erhöhung nicht teilnehmen.

Entscheidend ist: Das sogenannte Netto-Rentenniveau, also das Verhältnis der Rentenhöhe zum durchschnittlichen Einkommen der aktiven Arbeitnehmer, bleibt stabil bei 68 Prozent.

Schritt für Schritt

Die Rente steigt in den neuen Ländern deshalb stärker an, weil dort die Netto-Löhne stärker steigen. Aber auch nach der diesjährigen Rentenerhöhung erreicht eine Ost-Rente erst knapp zwei Drittel einer vergleichbaren West-Rente. Rentner mit einer Versicherungszeit von 45 Jahren und durchschnittlichem Einkommen erhalten in den neuen Bundesländern ab Juli 1992 rd. 1 120 DM; in den alten Bundesländern liegt die Durchschnittsrente bei rd. 1 798 DM. Der Abstand ist also immer noch erheblich. Wenn die Löhne in West und Ost gleich sind, werden auch die Renten in Ost und West gleich sein und dann auch jeweils um den gleichen Prozentsatz steigen. Schritt für Schritt werden wir gleiche Lebensverhältnisse auch bei der Rente verwirklichen.

Die Rentenerhöhung West deckt in diesem Jahr nicht die volle Höhe der Preissteigerungsrate ab. Im übrigen kennt das deutsche Rentenrecht auch keine Koppelung von Rentenerhöhung und Preisent-

Renten und Kaufkraft

wicklung. Seit 1957 ist die Rente lohnbezogen. Damit sind die Rentner gut gefahren. Eine an den Lebenshaltungskosten orientierte Rente des Jahres 1957 hätte heute immer noch die gleiche Kaufkraft wie damals. Durch die Bindung der Renten an die Löhne sind die Renten aber zwischen 1957 und 1991 real um das 2,3fache gestiegen.

Seit der Rentenreform 1992 orientiert sich die Rente nicht mehr an den Brutto-, sondern an den Nettolöhnen. Das bedeutet: bei der Festsetzung der Rentenerhöhung werden die Abzüge vom Arbeitslohn berücksichtigt; die Renten steigen in der Höhe, in der auch die Arbeitnehmer tatsächlich über mehr Einkommen verfügen. Ohne diese Umstellung wäre das Rentensystem aufgrund der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr lange finanzierbar. Auch hätten wichtige Verbesserungen, vor allem für Frauen und Mütter, nicht vorgenommen werden können.

Die vorübergehende Mehrbelastung der Arbeitnehmer, die durch den Solidaritätszuschlag zwischen dem 1. 7. 1991 und dem 30. 6. 1992 eintrat, sowie die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung mußte sich 1992 auch auf die Höhe der Rentenanpassung auswirken. Da in diesem Jahr die Beiträge zur

Kommentar

Rentenerhöhung: Die Formel hat ihren guten Sinn

Mit ihrer herben Kritik an der bescheiden ausfallenden Steigerung der Renten im Westen der Bundesrepublik Deutschland hat Herta Däubler-Gmelin ein klassisches Eigentor geschossen. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD kommt aus dem Schwabenland. Dort ist Wahlkampf, und da können bestimmte Zusammenhänge komplizierter Sozialpolitik vorübergehend aus dem Blickfeld geraten, vor allem, wenn es um die Rentenreform geht.

Am Tag, als sich in Berlin die Mauer öffnete, am 9. November 1989, wurde dieses wichtige Gesetz vom Bundestag verabschiedet. Die SPD hat die Reform seinerzeit mitgetragen und damit auch den seit Anfang dieses Jahres geltenden Mechanismus für die Erhöhung der Renten. Der große Fortschritt bestand darin, dieses brisante Thema künftig aus dem politischen Tagesgeschäft herauszuhalten.

Die Regierungen sollten nicht mehr in Wahlzeiten versucht sein, durch üppige Erhöhungen Geschenke an die Rentner zu verteilen, die durch die writschaftliche Situation nicht gerechtfertigt wären.

Die von den drei großen Fraktionen gefundene Formel läßt der jeweiligen Regierung keinen Spielraum für die Anhebungen, sondern knüpft an die Steigerung der Nettolöhne und die Belastungen der Arbeitnehmer vom vergangenen Jahr an.

Kölner Stadt-Anzeiger

Arbeitslosenversicherung wieder gesenkt wurden und der Solidaritätszuschlag entfällt, wird die Rentenanpassung 1993 auch wieder entsprechend höher ausfallen.

SPD belügt die Rentner

Wenn die SPD heute behauptet, die Rentner seien „die Verlierer der Einheit", dann ist dies eine zutiefst unredliche Argumentation, die auf eine Entsolidarisierung der Deutschen in Ost und West abzielt.

● Die SPD kritisiert das Ergebnis einer Neuregelung der Rentenanpassung, die 1989 von CDU/CSU, SPD, FDP und allen Bundesländern einvernehmlich beschlossen worden ist. Wenn die SPD jetzt aus dem rentenpolitischen Konsens aussteigt, betreibt sie eine Politik zu Lasten der Rentner, denn durch die gemeinsam getragene Rentenreform ist die Rente langfristig gesichert worden. Dieser Konsens darf nicht wieder in Frage gestellt werden.

● Die SPD verschweigt, daß die Rentner genauso von der Einheit profitieren wie die Arbeitnehmer. Die deutsche Einheit hat der Wirtschaft neue Wachstumsimpulse verliehen, die langfristig zu stabilen Einkommen und sozialer Sicherheit führen.

● Die SPD übersieht, daß die Rentenanpassungen aus der ersten und der zweiten Jahreshälfte 1992 gemeinsam berücksichtigt werden müssen: Die Rentenerhöhung für das erste Halbjahr betrug 5,04 Prozent, so daß die Rente im Jahresdurchschnitt 1992 um real 3,8 Prozent steigt bei einer derzeit angenommenen Preissteigerungsrate in Höhe von 3,5 Prozent. ■

Theo Waigel: Unsere erfolgreiche Haushaltspolitik wird fortgesetzt

Zur Diskussion über die Finanz- und Haushaltspolitik erklärte der Bundesminister der Finanzen:

Die Bundesregierung wird ihren strikten Kurs einer sparsamen Ausgabenpolitik im Haushalt 1992 und in der mittelfristigen Haushaltsplanung konsequent fortsetzen. Sie wird auch bei der im Juli fälligen Anpassung und Fortschreibung der Haushaltspolitik bis 1996 an diesem erfolgreichen Konsolidierungskurs festhalten. Dieser Kurs schließt eine weitere deutliche Rückführung der durch die Einheit Deutschlands vorübergehend erhöhten Nettokreditaufnahme ein.

Eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes steht nicht zur Disposition. Ziel der Finanzpolitik bleibt, die Kriterien der Europäischen Gemeinschaft zur Haushaltsdisziplin so schnell wie möglich wieder zu erreichen.

Um dem Konsolidierungsziel Nachdruck zu verleihen, muß das Moratorium aus der Koalitionsverinbarung von Januar 1991 strikt eingehalten werden. Es schließt neue Leistungen und Leistungsverbesserungen aus, sofern nicht im Bundeshaushalt ein entsprechender Ausgleich durch Einsparungen an anderer Stelle geschaffen wird.

Die Bundesregierung ist auf die kommenden Herausforderungen eingestellt. Sie wird sich ihren einigungsbedingten und europäischen Verpflichtungen stellen.

Jochen Borchert:

SPD veranstaltet reines Wahlkampftheater

Die von der SPD beantragte Aktuelle Stunde „Zur Lage der öffentlichen Finanzen" ist reines Wahlkampftheater und der erneute Versuch von Panikmache.

Der Bund ist mit dem Haushalt 1992 wieder auf den dringend notwendigen Konsolidierungskurs zurückgekehrt. Die im Finanzplan vorgezeichnete Ausgabenlinie bis 1995 von 2 Prozent ist eine klare Weichenstellung unserer soliden Finanzpolitik. Die Rückführung der Nettokreditaufnahme des Bundes ist ein positives Signal für die Kapitalmärkte. Wir haben durch solide Haushaltsgestaltung und -vollzug die selbst gesteckten Ziele übertroffen:

Im Eckwertebeschluß vom November 1990 war für 1991 eine Nettokreditaufnahme des Bundes von höchstens 70 Milliarden DM geplant, sie wurde im Soll dann auf gut 66 Milliarden DM verringert und konnte im tatsächlichen Ist-Ergebnis 1991 auf 52 Milliarden DM herabgedrückt werden. Für dieses Jahr wird die Kreditaufnahme auf rd. 45 Milliarden DM weiter gesenkt. Nur nebenbei bemerkt: Dies sind 1,5 Prozent des Sozialprodukts. Die weitere Halbierung der Nettokreditaufnahme auf unter 25 Milliarden DM bis 1995 bleibt unumstößliches Ziel.

Wir wollen die Attraktivität der Polizeiberufe weiter stärken

Zu den neuesten Zahlen über den Anstieg der Kriminalität in Deutschland erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Wie jetzt bekannt wurde, stieg im zurückliegenden Jahr die Zahl der Gewalttaten in den alten Bundesländern bedrohlich an: Über 79 000 Fälle von sogenannter Gewaltkriminalität in den ersten drei Quartalen des Jahres 1991 — ein Anstieg von 9,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr! Bei Mord, Totschlag und Kindestötung ermittelte das Bundeskriminalamt eine Zuwachsrate von 5,6 Prozent, bei schwerer Körperverletzung ein Plus von 4,7 Prozent. Insgesamt lassen Schätzungen des Bundeskriminalamtes erwarten, daß 1991 in den alten Bundesländern ca. 4,5 Mio. Straftaten verübt wurden.

Der Anstieg der Verbrechensrate erfüllt die Menschen mit Sorgen. Für sie wird die Kriminalität im Alltag präsenter. Mehr Ladendiebstähle, mehr Autodiebstähle, eine starke Zunahme an Raubüberfällen auf Straßen, Wegen und Plätzen, eine wachsende Bereitschaft zur Gewaltanwendung: Was sich hinter nüchterner Statistik verbirgt, rückt näher an die Menschen heran und wirkt für sie bedrohlicher. Mit spannender Unterhaltung aus Kriminalromanen hat dies nichts mehr zu tun. Kriminalität wird brutaler, systematischer, perfider.

Wo sich aber die Unterwelt mobilisiert und organisiert, muß der Rechtsstaat gegenhalten. Die innere Sicherheit steht nicht auf dem Spiel, aber den Angriffen auf die Sicherheit der Bürger ist entschlossen entgegenzutreten. Das heißt natürlich, nach den Ursachen zu fragen, den Blick auf die Internationalisierung krimineller Aktivitäten, auf das Schwinden von Rechtsbewußtsein in Teilen der Bevölkerung, auf die Sozialisationsprobleme junger Menschen zu lenken. Das heißt aber auch und vor allem, unserer Polizei nicht mit falschen Verharmlosungen, wie seitens der SPD, in den Rücken zu fallen. Beispiel Drogen: über 2 000 Drogentote 1991 — die Zahl schreckt auf.

Die Opfer sind dabei nur die Spitze eines Eisbergs, der Rauschgiftkriminalität heißt. Wer süchtig ist, muß seine Abhängigkeit finanzieren. Empirische Untersuchungen lassen vermuten, daß fast jeder zweite Diebstahl von oder aus Kraftfahrzeugen, mehr als jeder dritte Einbruch in Gebäuden/Wohnungen, mehr als jeder fünfte Raub eine Tat von Rauschgiftsüchtigen ist, die damit ihren Konsum finanzieren.

> Was sich hinter nüchterner Statistik verbirgt, rückt näher an die Menschen heran und beunruhigt sie.

Wer hier von Freigabe für Einstiegsdrogen und Entkriminalisierung spricht, leistet der Sache — „Keine Macht den Drogen" — einen schlechten Dienst. Wir sollten in der Verbrechensbekämpfung nicht nachlassen, sondern denen, die für sie geradestehen, unserer Polizei nämlich, den Rücken stärken. Unkenrufe, die hier den Polizeistaat herannahen sehen, sind stumpfsinnige Polemik; wer sie vorträgt, hat nicht nur keine Argumente mehr, er weiß auch nicht, um was es geht. Denn

Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Gefahr nicht verharmlosen

Zur wirksamen Bekämpfung des Drogenmißbrauchs gehört auch, die Größe des Drogenproblems und die davon ausgehende Gefahr für jeden einzelnen nicht zu verharmlosen. Dieser Verantwortung sollte sich jeder bewußt sein, der öffentlich dem freizügigen Einsatz von Drogen das Wort redet.

Auch weiche Drogen sind gefährlich. Auch Cannabis-Produkte enthalten gesundheitsschädigende Substanzen, die zu psychotischen Erscheinungen mit gravierenden Nebenwirkungen führen. Eine Freigabe von Cannabis-Produkten würde fälschlicherweise den Eindruck erwecken, diese Substanzen seien ungefährlich, und die Bemühungen zunichte machen, die Bevölkerung über die Gefahren des Drogenkonsums aufzuklären.

Eine Freigabe von sog. „weichen Drogen" — würde auch zu einer Konsumsteigerung bei den harten Drogen führen. Wie eine wissenschaftliche Studie 1988 nachgewiesen hat, zeigten ⅔ der regelmäßigen Konsumenten von Haschisch die Bereitschaft, härtere Drogen zu versuchen. Aus all diesen Gründen will ich feststellen, daß die Freigabe von Drogen, auch der sog. „weichen Drogen", eine Kapitulation vor dem Rauschgift darstellen würde. Sie müßte als Ausdruck der Hilflosigkeit des Staates begriffen werden. Sie würde den Bürgern signalisieren, daß der Staat im Kampf gegen das organisierte Verbrechen partiell resigniert habe.

die Kriminalitätslandschaft hat sich verändert. Und damit verändern sich auch die Herausforderungen für unsere Polizei.

Das Anwachsen der organisierten Kriminalität ist die eine Seite — Banden und Syndikate knüpfen ihre dunklen Netze. Hehlerei mit Drogen und Autos, Scheckbetrügereien sind bekannte Beispiele. Die andere Seite ist, daß Kriminalität stärker in neue Bereiche hineinexpandiert. Die Zunahme der Umwelt-, Wirtschafts- und Computerkriminalität ist dafür ein deutlicher Beleg.

Der Kriminalität ist nicht mit den Mitteln von Gestern zu begegnen. Die Polizei muß taktisch, technisch und rechtlich in der Lage sein, der Kriminalität Einhalt zu gebieten. Heute ist Polizeiarbeit Expertenarbeit mit höchsten Anforderungen. Nimmt man dabei hinzu, daß Polizeiarbeit nicht nur Verfolgung und Aufklärung, sondern vor allem auch Prävention beinhaltet, so wird deutlich, wie vielfältig und anspruchsvoll ihr Aufgabenfeld ist.

Wir müssen dies nicht nur erkennen, sondern auch fördern. Die Attraktivität der Polizeiberufe ist zu stärken. Die Ausbildung ist zu verbessern, es muß deutlich werden, daß hohe Anforderungen den Berufsalltag der Polizei bestimmen. Die Länder sollten in Zusammenarbeit mit dem Bund hier nicht nachlassen, zu überlegen, wie der Beruf des Polizisten finanziell attraktiver gestaltet werden kann. Die Polizei allein loben, reicht nicht aus. Wir müssen die Beamtinnen und Beamten auch konkret unterstützen.

Legalisierung von Drogen würde Zahl der Abhängigen weiter erhöhen

In der Aktuellen Stunde zum Thema „Die Freigabe des Drogenkonsums als Antwort auf 2000 Drogentote im Jahre 1991" erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Jeder, der Aufhebung der Strafbarkeit des Rauschgiftkonsums fordert, leistet im Ergebnis einen Beitrag zum Schutz der organisierten Kriminalität. Er schützt insbesondere die großen Bosse, die als Drahtzieher den Rauschgifthandel aus dem Hintergrund organisieren.

Schlepper und Kassierer werden sich künftig in kaum zu widerlegender Weise jeweils auf Eigenkonsum berufen. Sie können sich so problemlos den Ermittlungen der Behörden entziehen. Sie können dies dann schon dadurch, daß sie jeweils nicht mehr als diejenige Menge unmittelbar bei sich führen, die dem Eigenbedarf entspricht.

Würden wir die Strafbarkeit des Rauschgiftkonsums aufgeben, ginge die jetzt schon erschreckend hohe Zahl der Rauschgiftabhängigen und die Rekordzahl von über 2000 Drogentoten im Jahr 1991 weiter nach oben. Es läßt sich nicht daran vorbeireden: die „leichtere Verfügbarkeit" von Drogen senkt die Hemmschwelle gegenüber dem Drogenkonsum. Immer mehr — meist junge Menschen — würden Rauschgift probieren.

Die Aufhebung der Strafbarkeit würde eine relative Gefahrlosigkeit suggerieren. Viele junge Menschen würden damit zusätzlich zu Süchtigen gemacht. Auch die Folgekriminalität würde ansteigen. Mehr Verkehrstote und Verletzte, mehr Opfer brutaler Gewalttaten als Folge rauschbedingten Handelns wären zwangsläufig.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß nach verschiedenen Konventionen der Vereinten Nationen, die die Bundesrepublik als innerstaatliches Recht übernommen hat, Besitz, Gebrauch und Handel mit Drogen, strafbewehrt sein müssen. Mit einer Legalisierung von Drogen würde Deutschland gegen internationales Recht verstoßen und sich außerhalb der Völkergemeinschaft stellen.

Die Strafbarkeitsdrohung für den kleinen Drogenkonsumenten ist im übrigen — wie die Rechtspraxis zeigt — ohnehin nur sehr gering. Von den im Gesetz enthaltenen Möglichkeiten, hier von Strafe — sogar schon von einer Anklageerhebung — abzusehen, wird normalerweise weitgehend Gebrauch gemacht. Rücksichtnahme auf die Drogenopfer am untersten Ende der Kette kann vor diesem Hintergrund kein Argument dafür sein, die Kapitulation vor den Drogenbossen mit einer Legalisierung von Drogen einzuläuten.

Schon das Erheben der Forderung nach Aufhebung der Strafbarkeit des Rauschgiftkonsums dient der Verharmlosung.

Das Argument, jeder habe ein Recht auf Rauschgift, ist im Ergebnis zynisch und menschenverachtend. Es widerspricht grundlegenden Schutzpflichten des Staates für Leben und Gesundheit seiner Bürger. In einem Sozialstaat darf der Staat die Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen. Der Staat darf es nicht zur Maxime erheben, daß die Bürger die Freiheit haben müssen, ihr Leben mit Drogen zu ruinieren. ■

Die Instrumente der Wohnungsbau-Politik müssen überprüft werden

4 bis 5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland werden bis zum Jahr 2000 von der Politik gefordert. Geht es aber um eine entsprechende Ausweisung von Bauland, wird quer durch die Republik zunehmend Widerstand geleistet. Neue Wohnungen ja — aber nicht in meiner Nähe!

Bei Qualität und Quantität der Wohnungen, beim Wärme- und Lärmschutz, bei Stellplätzen und kommunalen Gebühren werden ständig neue Forderungen aufgestellt, Vorschriften erlassen und Abgaben erhoben. Andererseits beklagt man sich, daß das Bauen in Deutschland europaweit am teuersten ist.

Und nicht zuletzt: Die direkte oder indirekte Förderung des staatlichen Wohnens durch Bund, Länder und Gemeinden nimmt von Jahr zu Jahr zu. Zwischen 40 und 50 Milliarden DM jährlich dürften es zwischenzeitlich sein, und die Zahl derer, die es am nötigsten brauchen und zu wenig erhalten, nimmt trotzdem zu und nicht ab.

Eine Vielzahl von Hilfen

Wir haben die Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus massiv verstärkt, die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums verbessert, die Attraktivität des freifinanzierten Wohnungsbaus erhöht, Maßnahmen zur Mobilisierung von Wohnraum aus dem Bestand ergriffen, das Wohngeld erhöht und verbessert, planungsrechtliche Maßnahmen zur Beschleunigung des Bauens und zur Mobilisierung von Bauland ergriffen, in den neuen Bundesländern spezielle Programme gegen den Verfall des vorhandenen Wohnraums und zur Modernisierung aufgelegt, ein Sonderwohngeld-Ost geschaffen, Mietrechtsbegrenzungen eingeführt — und dennoch: haben wir wirklich die Gewißheit, daß all diese Aktivitäten und all diese Milliarden treffsicher dort ankommen, wo wir es wünschen? Es gibt Grund zum Zweifeln!

Die Forderung deswegen, noch mehr Milliarden in das vorhandene System zu stecken, noch mehr staatliche Reglementierungen in vielen Bereichen einzuführen, wie die SPD es fordert, im gleichen Atemzug über zu hohe Staatsverschuldung und zu hohe Steuern zu klagen und dabei noch festzustellen, daß diese vermeintlichen staatlichen Wohltaten, oft gießkannenförmig verteilt werden über Menschen, die es dringend nötig haben und solche, die es weniger nötig brauchen, kann nicht die Antwort verantwortlicher Politik in dieser Situation sein.

Von Dietmar Kansy, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kritische Bestandsaufnahme

Die Koalitionsfraktionen legen vor diesem Hintergrund einen Antrag zur Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zur Überprüfung der Instrumente der Wohnungsbaupolitik vor. Dies hört sich vielleicht etwas technokratisch an — ich sage es deswegen etwas bildhafter: Alles was Bund, Länder und Gemein-

Stichwort: Schengener Abkommen

Das Schengener Abkommen vom Juni 1985 zwischen den Benelux-Staaten, Frankreich und Deutschland ist ein entscheidender Schritt zum Europa der Bürger.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich zum Wegfall der Personenkontrollen an den Binnengrenzen. Die Kontrollen im Warenverkehr können erheblich eingeschränkt werden. Durch Zusatzvereinbarungen ist gleichzeitig eine effektive Verbrechensbekämpfung gewährleistet.

Neue Zuständigkeiten

Moderne Formen internationaler Polizeikooperation wie wechselseitiger Datenaustausch ersetzen die hergebrachten aufwendigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen.

Das Schengener Vertragswerk regelt auch, welches Land für die Behandlung von Asylanträgen zuständig ist. Asylanträge werden dann in einem Land stellvertretend für alle entschieden. Durch den Beitritt von Italien, Spanien und Portugal zum Abkommen gilt diese Regelung dann bereits für acht EG-Staaten.

Artikel 16 GG ergänzen

Um dies auch für Deutschland voll nutzen zu können, brauchen wir eine Ergänzung des Artikel 16 im Grundgesetz. Damit die Vereinbarungen in vollem Umfang zum 1. Januar 1993 in Kraft treten können, ist somit eine zügige Ratifizierung des Vertragswerks einschließlich Grundgesetzänderung bis zum 30. Juni 1992 notwendig. Es wird entscheidend darauf ankommen, daß die SPD ihre Blockadehaltung aufgibt.

den an direkter oder indirekter Förderung des Wohnens in Deutschland ausgeben und was den Wohnungsbau wesentlich beeinflußt, gehört jetzt auf den Tisch gelegt und auf seine Zeitgemäßheit, die ökonomische Effizienz, die soziale Treffsicherheit, Flexibilität und auch Gerechtigkeit hin überprüft.

Konzeption für die Zukunft

Neben der Überprüfung der direkten Wohnungsbauförderung, des Wohngeldes und der steuerlichen Instrumente in allen Bereichen des Wohnungsbaus müssen andere rechtliche Rahmenbedingungen vom Baurecht über das Bodenrecht bis zum Mietrecht und manchem anderen so weit mit überprüft werden, wie sie wesentlichen Einfluß auf die Wohnungsbautätigkeit haben.

Wir schlagen vor, diese Aufgabe einer unabhängigen Expertenkommission zu übertragen, die schnellstmöglich von der Bundesregierung zu bilden ist. Diese Kommission ist kein Ersatz für die laufenden Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden und auch kein Grund zum Attentismus bei Investitionen.

Sie ist vielmehr die Antwort auf die immer wieder an die Politik herangetragene Herausforderung, neben den unvermindert fortzusetzenden täglichen Anstrengungen Konzeptionen zu entwikkeln, die über das Bisherige hinaus in die Zukunft weisen. ■

SPD im politischen Niemandsland

Es tut sich was in der SPD! Einigen Vordenkern ist offenbar die Erleuchtung zuteil geworden, daß „der Geist, der stets verneint" (Goethe) nur auf der Theaterbühne, nicht aber in der Politik ein Dauererfolg werden kann. Zugleich sind Gegenkräfte wirksam.

● Beispiel Asylpolitik: Der Aufstand der Bürgermeister, angeführt von Münchens OB Kronawitter, hat das SPD-Dogma von der Unantastbarkeit des Artikels 16 Grundgesetz ins Wanken gebracht. Fraktionschef Klose spricht inzwischen von einer Änderung des Grundgesetzes noch in diesem Jahr. Der Parteivorsitzende Engholm allerdings schweigt und wartet ab.

● Beispiel Europapolitik: Das SPD-Präsidium hat sich dazu durchgerungen, der Ratifizierung der Verträge von Maastricht zuzustimmen. SPD-Vize Lafontaine, der auch auf diesem besonders sensiblen Politikfeld einen Verweigerungskurs wollte, konnte sich nicht durchsetzen. Doch während Engholm die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament von der Festigkeit der Parteiführung zu überzeugen versuchte, bezeichnete inzwischen der Leiter der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, Clement, die Verträge von Maastricht als „noch nicht zustimmungsfähig".

● Beispiel Finanzpolitik: Teile der SPD-Bundestagsfraktion sind sich darüber im klaren, daß es angesichts der großen politischen Aufgaben — Herstellung der inneren Einheit Deutschlands, Wiederaufbau der Länder des ehemaligen Ostblocks — keine neuen Verteilungsspielräume gibt. Frau Matthäus-Maier plädiert, wie die Union, für einen finanzpolitischen Kurs der Sparsamkeit, Solidität und Ausgabenbegrenzung. Von der SPD beeinflußte Gewerkschaften praktizieren aber das Gegenteil: Sie blasen zum Streik und stellen unrealistische Lohnforderungen.

SPD muß Klarheit schaffen

Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es bleibt abzuwarten, ob sich in der SPD tatsächlich eine Wende zur Vernunft und Berechenbarkeit durchsetzt. Oder haben wir es wieder einmal mit der altbekannten SPD-Strategie des Sowohl-Als-auch zu tun: für und gegen eine Änderung des Artikels 16, für und gegen die Verträge von Maastricht, für und gegen eine sparsame Haushaltsführung? Die SPD-Führung muß Klarheit schaffen. Solange das nicht geschieht, bewegt sich die SPD im politischen Niemandsland.

„Christen auf dem Weg in das geeinte Europa"

Unter diesem Motto findet die 33. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 25./26. 9. 1992 in Wittenberg statt.

Anmeldungen richten Sie bitte unter Angabe von Übernachtungswünschen an die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn 1

Kommission will Antwort geben auf die Existenzsorgen der Landwirte

Anläßlich der Konstituierung der Agrarkommission des Bundesvorstandes der CDU erklärte deren Vorsitzender Reimer Böge MdEP:

Wachsende Überschüsse und Preisverfall, ausufernde Haushaltskosten sowie zunehmende Spannungen im Weltagrarhandel kennzeichnen die gegenwärtige Situation in der Agrarpolitik. Die CDU will eine Antwort auf die drängenden Existenzsorgen der Landwirte geben. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesvorstand eine Kommission eingesetzt, die ein neues Agrarkonzept für die CDU erarbeiten soll.

Die Kommission hat sich die Aufgabe gestellt, Wege aufzuzeigen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft sichern und zur Stabilisierung des ländlichen Raumes beitragen. Den Landwirten müssen Perspektiven mit verläßlichen Rahmenbedingungen eröffnet werden, an denen sie ihre betrieblichen Entscheidungen ausrichten können. Die Kommission wird sich dabei von folgenden Grundüberlegungen leiten lassen:

- Ziel muß es sein, leistungs- und entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten und zu fördern. Langfristig hat die Landwirtschaft in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftswelt aber nur eine Zukunft, wenn die Agrarpolitik wieder stärker als bisher an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet wird.
- Damit die deutsche Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb bestehen kann, dürfen betriebliche Anpassung und Strukturwandel nicht verhindert werden. Dieser Strukturwandel muß sozialverträglich gestaltet werden, unter besonderer Berücksichtigung umwelt- und regionalpolitischer Belange.
- Agrarpolitische Rahmenbedingungen müssen mit den Zielen von Umwelt- und Naturschutz in Einklang gebracht, die Pflege der Kulturlandschaft auch weiterhin gewährleistet werden. Neue Formen der Entlohnung für landschaftspflegerische Leistungen müssen dazu erarbeitet werden.
- Funktionsfähige ländliche Räume sind ohne Landwirtschaft nicht denkbar. Die Landwirtschaft allein ist aber immer weniger in der Lage, den ländlichen Raum intakt zu halten. Damit die ländlichen Räume auch in Zukunft lebensfähig und lebenswert bleiben, müssen die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Strukturen erhalten und weiterentwickelt werden.

> Die deutsche Landwirtschaft braucht verläßliche Rahmenbedingungen, um ihre betrieblichen Entscheidungen danach ausrichten zu können.

Die Kommission wird auf breiter Basis mit den Parteigliederungen, den Verbänden, der Industrie und der Wissenschaft ihre Überlegungen für ein neues Agrarkonzept diskutieren. Unter Einbeziehung der Ergebnisse dieser Diskussion soll das neue Agrarkonzept auf dem 3. Parteitag der CDU Deutschlands im Oktober dieses Jahres abschließend beraten und verabschiedet werden. ■

Redlicher Erwerb zu DDR-Zeiten schützt vor Rückgabeansprüchen

Viele Bürger in den neuen Bundesländern, Mieter und sogenannte Häuslebauer fürchten um ihre noch zu DDR-Zeiten erworbenen Besitzstände.

Sie haben Angst davor, daß ihnen vor allem von Alteigentümern aus dem Westen die Mieten drastisch erhöht, sie sogar aus ihrer Mietwohnung herausgekündigt werden oder daß ihnen das seinerzeit vom DDR-Staat erworbene Grundstück oder Wohnhaus wieder weggenommen wird.

Gegenüber diesen Befürchtungen ist zu sagen:

Die Mietwohnung ist und bleibt sicher. Niemand, der in der ehemaligen DDR redlich und ordnungsgemäß Grund und Boden zum Hausbau erworben oder auf zugewiesenem Land ein Eigenheim errichtet hat, kann heute von seinem Besitz vertrieben werden. Alle sind schon durch den Einigungsvertrag und die geltenden Gesetze geschützt. Die Bundesregierung kennt die Ängste und Sorgen der Menschen in den neuen Bundesländern. Sie sind jedoch objektiv unbegründet. Die Bundesregierung wird die neuen Bundesbürger nicht im Stich lassen.

Worum geht es im einzelnen?

Situation der Eigenheimbesitzer

Da gibt es diejenigen, die noch zu Zeiten der ehemaligen DDR ein Eigenheim auf volkseigenem oder fremdem privaten Grund und Boden errichtet oder gekauft und dafür eine blaue, grüne oder LPG-Nutzungsurkunde erhalten haben.

Diese Eigenheimbesitzer brauchen sich keine Sorgen zu machen, ihren Besitz heute an frühere oder gegenwärtige Eigentümer herausgeben zu müssen, sofern dieser Erwerb in Übereinstimmung mit den damaligen DDR-Vorschriften erfolgte, also „redlich" war.

Nach dem Einigungsvertrag ist die Rechtsposition dieser Eigenheimbesitzer geschützt und mit ihrem bisherigen Inhalt voll aufrechterhalten worden.

Das heißt: Diese Eigenheimbesitzer sind vor Rückgaben, Kündigungen und Räumungsklagen sicher. Auch Miete müssen sie nicht bezahlen.

Dann gibt es diejenigen, die in der ehemaligen DDR auf fremdem Grund und Boden ein Eigenheim errichtet oder gekauft haben, ohne hierfür eine Nutzungsurkunde erhalten zu haben. Auch diese Menschen brauchen sich im Hinblick auf Herausgabe und Räumungsklagen keine Sorgen zu machen, und zwar gleichgültig, ob sie

- im Besitz eines zu Wohnzwecken abgeschlossenen Grundstück-Überlassungsvertrages sind, der in Kürze ausläuft oder
- LPG-Gebäudeeigentum erworben haben oder
- ohne jegliche vertragliche Absicherung auf fremdem Grund und Boden lediglich im Vertrauen auf behördliche Zusagen legal gebaut haben.

Alle diese Fälle werden jetzt durch Gesetz rechtlich vorläufig abgesichert:

Im 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz, das in Kürze in den Gesetzgebungsgang gegeben wird, ist für diese Fälle ein Moratorium vorgesehen.

Das bedeutet: Diese Eigenheimbesitzer dürfen ihre Grundstücke und Wohnge-

bäude bis zum 31. Dezember 1994 wie bisher nutzen. Sie sind daher vor Räumungsklagen der Grundeigentümer sicher.

Bis zum 31. Dezember 1994 wird eine endgültige gesetzliche Regelung der Eigentums- und Nutzungsverhältnisse an den hier in Betracht kommenden Grundstücken erreicht sein.

Schließlich gibt es Bürger in den neuen Bundesländern, die mit der sogenannten „Stichtagsregelung 18. Oktober 1989" Probleme haben.

Das sind in erster Linie diejenigen, die nach dem DDR-Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude vom 7. März 1990 Grundstücke oder Gebäude erworben haben.

● Die ganz überwiegende Zahl dieser Erwerber — weit über 90 Prozent — braucht sich ebenfalls keine Sorgen zu machen, aus ihrem Besitz vertrieben zu werden. Denn das sind diejenigen, die schon vorher Eigentümer des Wohngebäudes und Inhaber einer entsprechenden (blauen, grünen oder LPG-)Nutzungsurkunde waren und lediglich zum Wohngebäude das Grundstück dazugekauft haben.

Voraussetzung allerdings ist, daß das Nutzungsrecht redlich erworben war.

● Von den übrigen Bürgern, die nach dem 18. Oktober 1989 Grundstücke oder Gebäude gekauft haben, soll zusätzlich einer weiteren Gruppe von Erwerbern geholfen werden:

Wer — in der Regel als Mieter — ein Grundstück oder Gebäude nach dem 18. Oktober 1989 gekauft, aber schon vor diesem Stichtag einen entsprechenden Kaufantrag gestellt hat, soll nicht unter die Stichtagsregelung fallen.

Durch das 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz wird sichergestellt, daß diese Menschen nicht darunter leiden müssen, daß ihre Anträge etwa aufgrund von Arbeitsüberlastung oder Schlamperei der ehemaligen DDR-Behörden erst nach dem Stichtag 18. Oktober 1989 bearbeitet und beschieden worden sind.

Diese Erwerber werden so gestellt, als ob ihre Anträge rechtzeitig bearbeitet worden wären. Voraussetzung ist aber auch hier, daß der Erwerber beim Kauf redlich war.

Situation der Mieter

Unzähligen Bürgern sind in der DDR Mietwohnungen zugewiesen worden, ohne daß die Eigentümer davon wußten oder in freier Entscheidung einen Mietvertrag abschließen konnten. Häufig mußten die Mieter beträchtliche Summen und eigene Arbeit für die Instandsetzung, Erhaltung und Modernisierung der Wohnungen aufwenden.

Viele dieser Mieter befürchten jetzt, mit ihren Familien demnächst „auf der Straße zu stehen". Eigentümer haben die Kündigung angedroht oder — mit oder ohne berechtigten Grund — bereits gekündigt. Andere versuchen, die Wohnungen mit teilweise hanebüchenen Methoden freizubekommen.

Diese Sorgen der Mieter sind unbegründet.

Der Einigungsvertrag und das soziale Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs gewähren den Mietern einen vielfachen Schutz gegen Wohnungsverlust:

● Nach dem Einigungsvertrag bestehen die Mietverträge grundsätzlich fort, gleichgültig ob mit West- oder Osteigentümern. Nur wenn der Mieter beim Abschluß des Mietvertrags nicht redlich war, verliert er sein Wohnrecht. Aber Fälle dieser Art sind ganz selten.

● Die Mietverträge bleiben auch bestehen, wenn das Haus verkauft wird: Kauf bricht nicht Miete (§ 571 BGB).

JU-Aktion gegen Gewalt gegen Ausländer

Mit einer Aktion „Gewalt gegen Ausländer — Laß Dich nicht anstecken!" tritt die Junge Union Deutschlands in dieser Woche an die Öffentlichkeit. Bereits im Januar hatte der Bundesvorstand der Jungen Union ein Papier zu dieser Problematik mit dem Titel „Für ein gutes Miteinander — Grundsätze einer humanen Ausländer-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik" diskutiert und beschlossen.

Wie der Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands, Axel Wallrabenstein, mitteilt, sind bereits in vielen Orts- und Kreisverbänden der Jungen Union konkrete Solidaritätsaktionen bzw. Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt worden oder in Vorbereitung. Die nun zur Verfügung gestellten Informationsmaterialien, bestehend aus einer Informationsbroschüre mit dem entsprechenden Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Union, einem Plakat und einem Aufkleber mit dem Titel „Gewalt gegen Ausländer — Laß Dich nicht anstecken!", sollen bei der konkreten Umsetzung der Aktion vor Ort weiterhelfen.

Die genannten Informationsmaterialien können über die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union in Bonn, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, Telefax: 0228/384520, angefordert werden.

● Bis Ende 1992 laufen nach dem Einigungsvertrag sogenannte Wartefristen: Kein Eigentümer darf aus Eigenbedarf kündigen, außer in seltenen Härtefällen, z.B. wenn der Eigentümer im SED-Staat selbst durch Willkür sein Haus verloren hat (etwa Zwangsumgesiedelte) oder wenn er einen deutlich dringenderen Wohnbedarf als der Mieter hat. Wer ein vermietetes Haus kauft, kann sich grundsätzlich nicht auf eine Härte berufen.

● Dieser besondere Kündigungsschutz des Einigungsvertrags wird durch Gesetz in angemessener Weise verlängert werden.

● Auch wenn der Vermieter berechtigterweise gekündigt hat, ist der Mieter nicht schutzlos. Auf der Straße stehen — das wird es nicht geben. Die mietrechtliche Sozialklausel (§ 556 a BGB) gibt dem Mieter das Recht, einer Kündigung zu widersprechen, wenn sie für ihn oder seine Familie eine nicht zu rechtfertigende Härte wäre. Nach dem Gesetz liegt eine Härte vor, „wenn angemessener Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen nicht beschafft werden kann".

Wenn ein Mieter beträchtliche Summen für die Wohnung aufgewendet hat, wird dies im Rahmen der Sozialklausel zu seinen Gunsten berücksichtigt.

● Das Mietrecht des BGB gibt dem Mieter am Ende eines Mietverhältnisses angemessene Ansprüche auf Ersatz der Aufwendungen, die er während seiner Mietzeit für die Wohnung gemacht hat.

● Nach wie vor besteht in den neuen Ländern eine Mietpreisbindung. Die Bundesregierung hat im vergangenen Herbst die notwendigen Verordnungen über die Anhebung der Grundmieten und die Umlegung der Betriebskosten erlassen.

Daneben sind lediglich Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen zulässig und wenn die Betriebskosten (z.B. für Heizung, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Reinigung) sich erhöhen. ■

Unser Land für morgen fitmachen

CDU NRW fordert eine radikale Kehrtwende in der Bildungspolitik

Die 652 Delegierten des Parteitages der CDU Nordrhein-Westfalen haben am 13./14. März in Bonn die Weichen für eine umfassende Kursänderung in der Bildungspolitik gestellt. Damit ist die CDU die erste der vier im Landtag von Nordrhein-Westfalen vertretenen Parteien, die die Konsequenzen aus der verheerenden Analyse des Kienbaum-Gutachtens zieht, wonach das nordrhein-westfälische Schulsystem nach 25 Jahren sozialdemokratischer Fehlsteuerung dringend einer „Grundsanierung" bedarf.

Darüber hinaus gelten die neuen bildungspolitischen Leitlinien der CDU NRW bereits jetzt als bundespolitisches Signal für die erforderliche Kehrtwende in Richtung Stärkung der beruflichen Bildung. „Denn das weitere Auseinanderdriften von Bildungs- und Beschäftigungssystem muß unter allen Umständen verhindert werden", so Generalsekretär Herbert Reul unter dem Beifall der Bonner Delegierten.

Dem Bonner Bildungs-Parteitag vorangegangen war eine seit Wochen andauernde breite Welle der Zusammenarbeit zwischen der Parteizentrale in Düsseldorf und den 54 Kreisverbänden. In „noch nie dagewesener Weise", so Generalsekretär Herbert Reul, hatten sich auf Kreis- und Bezirksebene Arbeitsgruppen und Kommissionen gebildet, die die bildungspolitische Initiative der Landespartei umfassend unterstützten und begleiteten.

Herbert Reul: „Der Schwung, den die Partei in den letzten Monaten gezeigt hat, ist einzigartig. Trotz der schwierigen Bedingungen einer kurzen Beratungszeit gingen fast 300 Anträge aus der Partei in der Landeszentrale ein."

Einmütig sprach sich der Parteitag u. a. für die Einführung einer differenzierten Mittelschule aus, in der kleinere Realschulen und Hauptschulen unter Wahrung ihres eigenen Bildungsganges organisatorisch zusammengefaßt werden können. Die Delegierten votierten ferner für das Auslaufen des pädagogisch gescheiterten Gesamtschul-Modells und die Einführung eines landesweiten Zentralabiturs.

Durch Straffung der Unterrichtsinhalte soll die Schulzeit an Gymnasien künftig auf zwölf und an den Hauptschulen auf neun um jeweils ein Jahr verkürzt werden. Berufspraktikern soll künftig die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung durch ein Fachhochschulstudium ermöglicht (Meisterstudium) und generell die Durchlässigkeit des beruflichen Bildungsganges bis hin zum Fachhochschulabschluß gewährleistet werden. **(Der Parteitagsbeschluß ist im Wortlaut erhältlich bei CDU NRW, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 4000 Düsseldorf.)**

> Vorfahrt für berufliche Bildung — Zentralabitur — Differenzierte Mittelschule — Stopp für Gesamtschule

Mit einer kämpferischen Rede war zu

Beginn des Parteitages Landesvorsitzender Norbert Blüm mit der „ausgelaugten SPD-Erosionsregierung Rau" ins Gericht gegangen. „Die SPD regiert Nordrhein-Westfalen, als sei es ihr Besitz, für den sie niemandem Rechenschaft schuldet", so Norbert Blüm wörtlich. Als „abschreckende Beispiele" nannte der CDU-Landeschef die Minister Heinemann, Schleußer und Matthiesen, die als „Dreigestirn der sozialdemokratischen Filzokratie" die Wähler verschaukeln: „Man nimmt was man braucht und gibt, wem man will."

Mit ihrer Politik der Bequemlichkeit, so Blüm weiter, „legt die Rau-Erosionsregierung das Land lahm. Probleme werden nicht gelöst, sondern nur neu verpackt". Norbert Blüm bekundete die Entschlossenheit der CDU NRW, die Direktwahl der Bürgermeister in NRW notfalls durch ein Volksbegehren durchzusetzen.

(Die Rede des CDU-Landesvorsitzenden wird in der NRW-Ausgabe des nächsten UiD im vollen Wortlaut abgedruckt.)

Pressestimmen

Die nordrhein-westfälische CDU fühlt sich im Aufwind. Und wer den Bonner Landesparteitag beobachtete, muß feststellen, daß offene Auseinandersetzungen tunlichst vermieden worden sind. Gemeinsamkeit war Trumpf. Dies ist nicht zuletzt auch ein Verdienst von Norbert Blüm, dem es gelungen ist, den größten CDU-Landesverband auf Linie zu bringen. **Kölnische Rundschau**

Die rund 650 Delegierten des neunten Landesparteitages der NRW-CDU zeigten in Bonn ein neues Selbstbewußtsein. Die seit dem Führungswechsel in der Düsseldorfer Landtagsfraktion im Sommer 1990 praktizierte Konfliktstrategie gegenüber den Sozialdemokraten hat offensichtlich jetzt auch die Gesamtpartei übernommen. Die Zeit scheint für die Christdemokraten günstig zu sein, die regierende SPD mit Erfolg empfindlich zu treffen.

Westfälische Nachrichten

Helmut Kohl warf der SPD Opportunismus vor

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich dafür ausgesprochen, die Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis wieder zu verlängern. Immer kürzere Arbeitszeiten eines immer älter werdenden Volkes seien, so Kohl auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU, mit gleichzeitig wachsenden Urlaubs- und Tarifansprüchen nicht zu vereinbaren. Kohl appellierte an die Tarifpartner, „bei allem Respekt vor der Tarifautonomie" angesichts des notwendigen Aufschwungs im Osten und rezessiver Tendenzen auf dem Weltmarkt bei den Lohnabschlüssen „nicht in die Vollen zu gehen". Es sei, so Kohl, „völlig indiskutabel", Geld auszugeben, das noch nicht erarbeitet sei.

In der Asylfrage warf Kohl den Sozialdemokraten „Blockade-Politik aus purem Opportunismus und wegen eines Wahltermins" vor. Der Kanzler appellierte an die Bonner SPD-Führung, auf die eigene Basis zu hören: Wenn heute die Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren der SPD-Großstädte geheim abstimmen würden, so Kohl, „sind 95 Prozent für eine Grundgesetzänderung".

Zum Bereich Sozialpolitik kündigte der Regierungschef an, daß die geplante Pflegeversicherung noch in dieser Legislaturperiode bis 1994 verabschiedet werde. „Das ist überfällig", sagte Kohl. Die Union wisse, was sie der älteren Generation, die unser Land aufgebaut habe, schuldig sei. ■

▲ Shopper-Rieseneinkaufstasche
Bestell-Nr.: 9442
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je Einheit: 40,— DM

Wieder neu: Was sagt die CDU zum ▶ Thema „Umwelt"? Bestell-Nr. 2215
Verpackungseinheit 50 Expl.
Preis je Einheit: 15,— DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

WAS SAGT DIE CDU ZUM THEMA

Umwelt

Wir danken für Ihr Vertrauen CDU

Überkleber: schwarzer Druck auf signalgrünem Papier (42,5 × 15 cm).
Bestell-Nr.: 8196, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 30,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

CDU-Glücksrad: Nur noch 4 Stück auf Lager

Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Die Gesamthöhe beträgt ca. 1,70 m, der Raddurchmesser ca. 1,30 m, der Preis 295,— DM zzgl. MwSt. und Versand. Bestellungen bitte schriftlich an: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, Herrn Geiser, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, oder per Fax: (0228) 544-372.

UiD

9/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5441, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Telefon (0228) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.